

05.09.2024

Positionspapier der Kommissionen HopoKo und SOLIC des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften zu den Studierendenprotesten vom Mai 2024

Das Leid der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina bewegen die Menschen weltweit. Zweifelsohne kann im Nachgang der Ereignisse vom 07.10.2023 von einer andauernden, menschengemachten humanitären Krise im Gazastreifen sowie einer ständigen, unerträglichen Bedrohungslage gegenüber der israelischen Bevölkerung gesprochen werden.¹ Die Angst, mit der die Betroffenen jeden Tag leben müssen, ihre Liebsten oder das eigene Leben zu verlieren, geschweige denn in Frieden ihrem Alltag nachgehen zu können, ist unvorstellbar. Der Verband der Schweizer Studierendenschaften solidarisiert sich mit allen vom Krieg Betroffenen und hofft, dass trotz der neusten Entwicklungen, die auf eine deutliche Verschärfung der Situation hindeuten, eine friedliche Lösung gefunden werden kann.

Situation an Hochschulen in der Schweiz und den Studierendenorganisationen

Gegen das Vorgehen Israels protestierten weltweit zahlreiche Studierende, so auch in der Schweiz. An einigen Hochschulen kam es zu Protestaktionen, darunter auch zu Besetzungen von Hochschulgebäuden. Die Hochschulleitungen und Kantone reagierten unterschiedlich auf die Forderungen der Studierenden. Neben der Beendigung des Krieges und der Solidarisierung mit der palästinensischen Zivilbevölkerung, fordern die Demonstrierenden unter anderem die Beendigung der Zusammenarbeit mit israelischen Hochschulen und Wissenschaftler:innen. Im Zuge der Besetzungen kam es teilweise zu Polizeieinsätzen, um die Studierenden aus den Gebäuden zu entfernen. Im Nachgang erfolgten zudem Strafanzeigen durch die Hochschulleitungen gegen betroffene Studierende, so beispielsweise an der Universität Bern.²

Die Situation sowie die protestierenden Studierenden an den verschiedenen Hochschulen sind so divers, wie es die Positionen der einzelnen Sektionen des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften sind. Eine einheitliche, abschliessende und alle Studierenden übergreifend zufriedenstellende Position seitens des Verbandes kann deshalb kaum gefunden werden. Der offene und vielschichtige Dialog ist allerdings genau das, was wir uns wünschen und was es unserer Auffassung nach bei dieser komplexen Thematik braucht. Je mehr unterschiedliche Meinungen kursieren, desto mehr Vernetzung und Dialog sind nötig. Es ist unser grosses Anliegen und Ziel, unseren Mitgliedern eine konstruktive Diskussionsplattform zu bieten.

¹ <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/newsuebersicht/2023/10/naher-osten.html>

² <https://journal-b.ch/artikel/erneute-raeumung-und-strafanzeige-bei-zweiter-unibesetzung/>

Die Hochschulpolitische Kommission «HopoKo» und die Kommission für Internationales und Solidarität «SOLIC» schlossen sich zu diesem Zweck zusammen und diskutierten in zwei Sitzungen eingehend über Forderungen, Meinungen und Geschehnisse im Rahmen der Studierendenproteste.

Dieses Positionspapier ist das Ergebnis dieser Diskussionen und widerspiegelt den gefundenen Konsens trotz diverser Meinungen. Weiter dient es dazu, die Forderungen des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften zu konkretisieren und klar zu positionieren.

Recht auf freie Meinungsäusserung und Hochhalten der «Student Rights Charter»

Dass sich viele Studierende in der Schweiz zu diesem horrenden Krieg äussern und ihre Meinung auf verschiedene Art und Weise kundtun, ist absolut verständlich und zeugt von der Schweizer Gesellschaft als empathische und humanitäre Gemeinschaft. Die eigene Meinung gewalt- und diskriminierungsfrei kundzutun sowie in diesem Rahmen zu mobilisieren und zu versammeln, ist das Recht jedes Menschen in der Schweiz (Art. 16 BV)

Als Mitglied der «European Student's Union (ESU)»³ anerkennt und unterstützt der Verband der Schweizer Studierendenschaften die «Student Rights Charter»⁴. Die am 14.06.2021 durch die Vertretungen der europäischen Studierenden verabschiedete Charta hält universelle Grundrechte für Studierende fest. Der VSS fordert, dass diese Grundrechte hochgehalten und die Bestimmungen der «Student Rights Charter», insbesondere §5 lit. 1, 4, 5 und 6, durch die Hochschulen anerkannt werden:

«

1. *All students have the right to organise autonomously.*
4. *All students have the right to have their opinion considered as that of all stakeholders on equal footing in Higher Education, following the principles of partnership and collegiality.*
5. *All students and student organisations have the right to freely express themselves, not limited to academic matters.*
6. *Students have the right to be informed about all Higher Education affairs in a transparent and timely manner.*

»

Das Engagement und die Solidarität der Studierenden müssen erkannt, geschätzt und gehört werden. Gerade in der Schweiz haben humanitäre Hilfe und Solidarität einen ganz besonderen Status und eine lange Tradition. Die friedlichen und diskriminierungsfreien Meinungsäusserungen von Studierenden stehen ohne Zweifel im Geiste dessen. Der Verband der Schweizer Studierendenschaften fordert deshalb, dass alle im Rahmen der friedlichen Kundgebungen erfolgten Anzeigen zurückgezogen werden.

³ <https://esu-online.org/>

⁴ https://esu-online.org/wp-content/uploads/2024/06/Student-Rights-Charter.docs_.pdf

Friedlich ausgedrückte Solidarität sollte nie mit Repressionen entgegnet werden. Polizeiliche Einsätze müssen in jedem Fall allerletztes Mittel sein. Dem asymmetrischen Machtverhältnis zwischen dem staatlichen Gewaltmonopol und friedlichen, gewalt- und diskriminierungsfreien Studierendenprotesten ist unbedingt und mit allergrösster Sorgfalt Rechnung zu tragen.

Aufruf zum Dialog

Die Forderungen der Studierenden sollen wahr- und ernstgenommen werden. Das Anbieten von Diskussionsplattformen ist dafür von zentraler Bedeutung. Kritischer, konstruktiver Dialog gehört zur DNA von Schweizer Hochschulen und bildet einen zentralen Pfeiler hochschulpolitischer Bildung. Wir wünschen uns, dass gehaltvolle, kritische und konstruktive Diskussionen nicht nur zwischen den Hochschulen und Studierenden, sondern auch Studierenden untereinander geführt werden.

Dafür braucht es geeignete Räume und die Bereitschaft aller, an einem Strang zu ziehen und sich auf den Dialog einzulassen. Der Verband Schweizer Studierenden fordert alle Studierenden und Schweizer Hochschulen auf, diese Diskussionsräume zu ermöglichen sowie zu eröffnen und den offenen Dialog zu fördern.

Betreuungsangebote schaffen

Der anhaltende Krieg und die brutalen Gräueltaten gegenüber der Zivilbevölkerung aller Kriegsparteien beschäftigt viele Studierende und stellt zweifelsohne eine besondere Belastung dar, vor allem für direkt Betroffene. Psychologische Betreuungsangebote an Hochschulen sind ein wichtiges Element, um die Studierenden bei ihren Sorgen und Anliegen zu unterstützen. Besonders bei rassistischen, antimuslimischen und antisemitischen Angriffen sind ein psychologisches Betreuungsangebot und eine anonyme Meldestelle von zentraler Bedeutung. Das Schaffen solcher Beratungsstellen zeigt nicht nur, dass die Anliegen und Sorgen der Studierenden ernst genommen werden, sondern hilft auch, den Blick der Gesellschaft auf die Thematik psychischer Belastungen zu schärfen und zu enttabuisieren.

Wir anerkennen und nehmen wohlwollend zur Kenntnis, dass diverse Hochschulen solche Angebote bereits eingeführt haben, so etwa die Universitäten Genf und Luzern.

Überprüfung der Zusammenarbeit mit internationalen Hochschulen und Wissenschaftler: innen

Im Rahmen der Proteste kam es zu Forderungen nach Boykotten bestimmter israelischer Hochschulen und Wissenschaftler: innen. Für den VSS ist klar, dass es weder zu blindem Boykott noch zur Missachtung der studentischen Forderungen kommen darf.

Wir sind der Auffassung, dass die Zusammenarbeit mit jeglichen Institutionen stets wissenschaftlichen und ethischen Standards genügen muss und regelmässigen Kontrollen unterzogen werden sollte.

Hochschulen sollen in transparenter Weise über eigene wissenschaftliche und ethische Standards informieren und gemäss welchen Kriterien mit internationalen Hochschulen und Wissenschaftler:innen zusammengearbeitet wird.

Wir rufen die Hochschulen dazu auf, die Forderungen der protestierenden Studierenden ernst zu nehmen und entsprechende Überprüfungen sorgfältig durchzuführen. Diese sollen klar und transparent kommuniziert werden. Die Überprüfungsforderungen ihrerseits sollten allerdings ebenfalls einer sinnvoll zu bearbeitenden Form und Begründung genügen. Ist die Zusammenarbeit mit der überprüften Institution oder Person nicht mehr mit den festgelegten wissenschaftlichen und ethischen Standards der jeweiligen Hochschule vereinbar, sind daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Projekt «Students at Risk»: Konkrete Hilfe für vom Krieg betroffene Studierende

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften ist sich bewusst, dass es eine äusserst komplexe Thematik für alle Beteiligten darstellt. Konkrete Lösungen zu finden, braucht viel Zeit, Diskussion und Konsensfindung.

Im August 2022 lancierte der VSS-UNES-USU das Programm «Students at Risk (StAR)»⁵. Das Projekt ermöglicht gefährdeten Studierenden weltweit, denen formal oder de facto das Recht auf Bildung verweigert oder erschwert wird, ihr Studium in der Schweiz aufzunehmen und zu vollenden. Es bietet eine konkrete Hilfemassnahmen für viele vom Krieg betroffene Studierende, denen durch die Konflikte in ihrer Heimat jegliche Zukunftsaussichten geraubt werden. Mit der Aufnahme und Finanzierung gefährdeter Studierender sowie der dauerhaften Unterstützung dieses wertvollen Projektes, können Hochschulen ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit Studierenden weltweit, aber auch für die Erhaltung der Bildung setzen.

Wir fordern alle Hochschulen dazu auf, dem Beispiel derjenigen Hochschulen zu folgen, die das Programm bereits unterstützen und nicht nur die Möglichkeiten zur Aufnahme der betroffenen Studierenden zu prüfen, sondern auch gemeinsam gegenüber dem Schweizer Gesetzgeber Stellung zu beziehen. Rechtliche Rahmenbedingungen für die Aufnahme direkt betroffener Studierender zu implementieren, stellt die direkteste und denkbar solidarischste Hilfe an, die den vom Krieg betroffenen Studierenden geboten werden kann. Der Vernetzung der Menschen und damit die Mobilität, auch von Studierenden, kommen in diesen von diversen Krisen geschüttelten Zeiten besondere Bedeutung zu. Nur durch gemeinsame Solidarität und Dialog können Gesellschaften wachsen und Lösungen für Konflikte gefunden werden. Wir rufen abschliessend alle Beteiligten im Rahmen der Studierendenproteste dazu auf, den Geist der Solidarität, der freien Meinungsäusserung und des friedvollen Miteinanders zu leben und im Sinne dessen zu handeln.

⁵ <https://vss-unes.ch/students-at-risk/>